



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Ausländermaut-Debatte darf nicht noch mehr Schaden für Deutschland anrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Durch die von der CSU angestoßene Debatte um eine Pkw-Maut für Ausländer ist deutschen Bürgern bereits jetzt ein Schaden entstanden. Anwohner der bayerisch-österreichischen Grenzregion müssen Maut-Ausweichverkehr ertragen und deutsche Autofahrer haben zusätzliche Mautkosten zu entrichten, da die Republik Österreich sich auch aufgrund der deutschen Mautpläne in Verhandlungen um eine weitere Aussetzung der Mautkontrollen zwischen der Landesgrenze und der Ausfahrt Kufstein-Süd absolut unbeweglich zeigt.

Der Landtag hält es für notwendig, der Öffentlichkeit unverzüglich konkrete Pläne vorzulegen, wie eine angekündigte Pkw-Maut nur für Ausländer konform nach EU-Recht und ohne zusätzliche Belastung inländischer Autofahrer umgesetzt werden soll. Außerdem ist darzustellen, wie damit umgegangen werden soll, wenn auch andere Nachbarländer Maßnahmen zum Nachteil der deutschen Bürger ergreifen, falls Deutschland an den Ausländermaut-Plänen festhält.

### **Begründung:**

Die Republik Österreich zeigte sich in Verhandlungen um eine weitere Aussetzung der Mautkontrollen zwischen der bayerisch-österreichischen Grenze und der Ausfahrt Kufstein-Süd vor wenigen Tagen kompromisslos. Dies ist laut Medienberichten auch auf die deutschen Pläne einer Maut nur für Ausländer zurückzuführen.

Nun erhalten die deutschen Bürger die Quittung für die von der CSU im Wahlkampf geführte Debatte über eine Maut nur für Ausländer. Um weitere, für Deutschland negative Entwicklungen in diesem Bereich zu verhindern, muss endlich dargelegt werden, wie die Maut konkret ausgestaltet werden soll. Dabei muss neben dem Nachweis der EU-rechtlichen Konformität auch dargelegt werden, mit wie vielen Einnahmen tatsächlich zu rechnen ist, wie groß der bürokratische Aufwand sein wird, welche Verkehrsprobleme zu erwarten sind und wie die Nichtbelastung deutscher Autofahrer sichergestellt wird sowie welche Belastungen auf deutsche Autofahrer zukommen, wenn etwa Länder wie die Niederlande auch eine Maut einführen, um deutsche Autofahrer abzukassieren.